

| Nr. 11. | Gegenstand | 11. |
|------------|------------|-----|
| | | |

No. 3

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am M o n t a g, den 29. Februar 1932.

Gegenwärtig:

I. Vorsitzender:

Oberbürgermeister M a y e r ;

2. Die bürgerlichen Stadträte:

| | |
|----------------------------------|------------------------------------|
| Leibl <i>und Pf.</i> | Burghart |
| Dr. Gromer | Prändl |
| Bunk <i>und Pf.</i> | Schedl |
| Heiß | Hees |
| Wünsch <i>und Pf.</i> | Hambel |
| Forster | Mohr |
| Meyer | de Crignis |
| Wink | Hartmann <i>und Pf.</i> |
| | Rathgeber |
| | Nebelmaier |

3. Stadtkämmerer V o l z .

| Nr. des Vortrags | Nr. des Exhibits | Referent | Gegenstand |
|------------------------|------------------------|----------|------------|
|------------------------|------------------------|----------|------------|

- 2 -

- II. Die Steuer von bierähnlichen Getränken mit einem Stammwürzegehalt von 8 bis 14 vom Hundert beträgt 3.75 RM. Sie ermässigt sich für bierähnliche Getränke mit einem geringeren Stammwürzegehalt auf 2.50 RM und erhöht sich für Getränke mit höherem Stammwürzegehalt auf 5.00 RM.
- III. Bier, das von Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter als Haustrunk gegen Entgelt oder unentgeltlich abgegeben wird, ist steuerfrei, soweit es von der Reichbiersteuer befreit ist.

§ 4. Eintritt der Steuerpflicht.

Die Steuerschuld entsteht:

1. in den Fällen des § 2 Abs.I Ziff.1 mit dem Zeitpunkte der Lieferung von Bier oder der Entnahme von Bier aus eigenen Beständen zum Verbrauch im eigenen Haushalt oder Betrieb und zur Abgabe an dritte Personen, sei es gegen Entgelt oder unentgeltlich,
2. in den Fällen des § 2 Abs.I Ziff.2 und Abs.III mit dem Zeitpunkt des Eingangs des Biers in den Gemeindebezirk.

§ 5. Fälligkeit der Steuer.

- I. Für das in den Fällen des § 2 Abs.I Ziff.1 im Laufe eines Monats steuerpflichtig gewordene Bier wird die Steuer am letzten Tag dieses Monats fällig; sie ist spätestens bis zum 25.Tag des nächstfolgenden Monats an die gemeindliche Steuerstelle zu entrichten. Das gleiche gilt in den Fällen des § 2 Abs.I Ziff.2 für Personen, die den Ausschank oder den Handel von Bier gewerbsmässig betreiben.
- II. Im übrigen wird die Steuer mit dem Eintritt der Steuerpflicht fällig; sie ist innerhalb einer Woche nach der Fälligkeit bei der gemeindlichen Steuerstelle einzuzahlen.
- III. Liegen besondere Verhältnisse vor, so kann der Stadtrat oder die von ihm beauftragte Steuerstelle mit einzelnen Steuerpflichtigen in stets widerruflicher Weise anderweitige Vereinbarungen über den Zeitpunkt der Steuerentrichtung treffen. Soweit es die Sicherstellung der Steuer fordert, kann der Zeitpunkt der Steuerentrichtung auch abweichend von den Vorschriften des Abs.I und II festgesetzt werden.

§ 6. Härteausgleich.

Der Stadtrat kann wegen besonderer Verhältnisse Ausnahmen von der Steuerpflicht zulassen und auftretende Härten beseitigen.

§ 7. Steuererklärung.

- I. Jeder Steuerpflichtige hat innerhalb der gleichen Frist, in der er zur Entrichtung der Steuer verpflichtet ist (§ 5,) bei der gemeindlichen Steuerstelle eine Steuererklärung einzureichen.
- II. Für die Steuererklärung kann ein Formblatt vorgeschrieben werden.

§ 8. Steuerbescheid.

Sofern bei der Festsetzung der Steuer von den Angaben in der Steuererklärung abgewichen wird, erhält der Steuerpflichtige einen schriftlichen Steuerbescheid aus dem die Berechnungsgrundlagen ersichtlich sind.

§ 9. Anwendbarkeit der Reichsabgabenordnung.

Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über Geschäftsfähigkeit, Vertretung, Vollmacht und Haftung (§§ 102-121), sowie über Ermittlung und Festsetzung der Steuer (§§ 160 bis 227) gelten entsprechend, soweit es die Durchführung der Steuer erfordert.

28

26

| Nr. des Vortrags | Nr. des Exhibits | Referent | Gegenstand | Beschluss |
|------------------------|------------------------|----------|------------|-----------|
|------------------------|------------------------|----------|------------|-----------|

- 3 -

§ 10. Ausführungsbestimmungen.

Die zum Vollzug dieser Satzung erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlässt der Stadtrat.

§ 11. Rechtsmitteln

Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Entrichtung der Gemeindebiersteuer sind Verwaltungsrechtssachen im Sinne des Art.8 Ziff.31 des Verwaltungsgerichtsgesetzes.

§ 12. Inkrafttreten der Satzung.

Diese Satzung tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.- Die Satzung über die Erhebung einer gemeindlichen Biersteuer vom 27. Juli 1927 findet während der Geltungsdauer der Verordnung vom 26. Juli 1930 (RGBl. I S. 311) keine Anwendung.

Die Satzung vom 23. April 1931 - Neuburger Anzeigebblatt Nr. 93/1931 - wird vom 1. April 1932 an aufgehoben.

Neuburg a.d. Donau, den

Stadtrat:
gez. Mayer.

Ortspolizeiliche Vorschrift

zur

Sicherung der Gemeindebiersteuer im Stadtbezirke Neuburg a.d. Donau.

Der Stadtrat Neuburg a.d. Donau erlässt auf Grund des Art. 37 des Gemeindeabgabengesetzes vom 31. Juli 1931 (GVBl. S. 230) folgende, durch Entschliessung der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, vom Hr. für vollziehbar erklärte

ortspolizeiliche Vorschrift:

- § 1. Die Hinterziehung der Gemeindebiersteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrag, im Rückfall bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft.
- § 2. Andere Zuwiderhandlungen gegen die Satzung über die Erhebung der Gemeindebiersteuer und gegen die vom Stadtrat auf Grund der Satzung erlassenen Ausführungsbestimmungen unterliegen einer Geldstrafe bis zu 500.- RM oder, wenn nach den obwaltenden Umständen anzunehmen ist, daß die Zuwiderhandlung nicht in der Absicht begangen wurde, die Steuer zu hinterziehen, einer Ordnungsstrafe bis zu 150.- RM.
- § 3. Die erkannten Strafen fliessen in die Stadtkasse.
- § 4. Diese Vorschrift tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 23. April 1931 - Neuburger Anzeigebblatt Nr. 93/1931 - wird vom gleichen Zeitpunkte ab aufgehoben.

Neuburg a.d. Donau, den

Stadtrat: gez. Mayer.

29

33

| Nummer des Vortrags | Nummer des Exhibits | Referent | Gegenstand |
|---------------------------|---------------------------|----------|------------|
|---------------------------|---------------------------|----------|------------|

Abschrift.

Stadtratsbeschluss.

Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 erschienen waren, mit allen Stimmen, wie folgt:

Der Entwurf einer Gemeindegesetzgebung über die Erhebung der Gemeindebiersteuer im Stadtbezirke Neuburg a.d. Donau und der Entwurf der Ortspolizeilichen Vorschrift zur Sicherung der Gemeindebiersteuer im Stadtbezirke Neuburg a.d. Donau werden genehmigt.

Neuburg a.d. Donau, den 29. Februar 1932.

Stadtrat:
gez. M a y e r.

| Gegenstand. | Beschluss |
|-------------|-----------|
|-------------|-----------|

Abschrift.

Betreff: Reichspräsidentenwahl. Sitzungsprotokoll vom 15. Februar 1932 vom 15. Febr. 1932. wurde bekanntgegeben; Erinnerungen hiegegen wurden nicht erhoben.

B e s c h l u s s .

Für den am 13. März 1932 stattfindenden ersten bzw. den am 10. April 1932 stattfindenden zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl werden auf Vorschlag des Vorsitzenden unter Bezugnahme auf die wahlgesetzlichen Bestimmungen folgende Herren als Abstimmungsvorsteher bzw. deren Stellvertreter berufen:

- für den Stimmbezirk I (Stadtviertel A):
Rechnungsrat L ö b i s c h Andreas, Abstimmungsvorsteher,
Verwaltungsoberinspektor a. D. K i e r m a y e r Johann, Stellvertreter;
- für den Stimmbezirk II (Stadtviertel B):
Stadtkämmerer V o l z Karl, Abstimmungsvorsteher,
Gewerbeoberlehrer S c h u m a n n Christian, Stellvertreter;
- für den Stimmbezirk III (Stadtviertel C):
Oberstadtsekretär R i e d l Hans, Abstimmungsvorsteher,
Justizobersekretär L a t t e i e r Johann, Stellvertreter;
- für den Stimmbezirk IV (Stadtviertel D):
Stadtkassenobersekretär G e r b e r Johann, Abstimmungsvorsteher,
Oberstadtsekretär T h o m a s Anton, Stellvertreter.

Als Abstimmungsräume werden bestimmt:

- | | |
|---------------------|--|
| für den Stimmbezirk | I: Amtszimmer des Stadtbauamtes im Rathause, |
| " " " | II: Saal des städt. Kindergartens, |
| " " " | III: Gewerbevereinslokal, |
| " " " | IV: Schulsaal der kath. Knebschule. |

Soferne der eine oder andere der obengenannten Herren verhindert sein sollte, das Amt eines Abstimmungsvorstehers bzw. eines Stellvertreters zu versehen, wird der Vorsitzende ermächtigt, notwendige Änderungen zu treffen, bzw. andere Herren zu berufen.

Neuburg a.d. Donau, den 29. Februar 1932.

Stadtrat: gez. Mayer.

Reichspräsidenten-
wahlen am 13.3.32
bzw. 3.4.32.

Strompreisregelung.

Der Stadtrat hat in heutiger Sitzung von dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung in Berlin Kenntnis genommen und spricht sein Bedauern

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|--|--|
| 5 | Haushaltspläne für die Stiftungen pro 1932/33. | <p>aus, daß es auch dieser Stelle nicht möglich ist die ausserordentlich hohen Strompreise für Neuburg auf gesetzlichem Wege herabzusetzen.</p> <p>Die Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1932/33 für die 5 Stiftungen mit Hausbesitz und die 31 Stiftungen ohne Hausbesitz wurden in heutiger Sitzung bekanntgegeben, und anerkannt und genehmigt.</p> <p><u>II. Geheime Sitzung.</u></p> |
| 6 | Leichenprokuratorstelle für den Bezirk des Pfarramtes Hl. Geist. | <p>Die erledigte Leichenprokuratorstelle für den Bezirk I (Stadtpfarrei Hl. Geist) wird auf Ansuchen mit sofortiger Wirksamkeit dem Schneider Anton S e l m a i e r dahier in stets widerruflicher Weise übertragen.</p> <p>Als Entschädigung für seine Dienstleistungen erhält Selmaier die mit Stadtratsbeschluss vom 2. März 1931 festgesetzten Gebühren.</p> <p>Selmaier ist in seinen Dienst einzuweisen und zu verpflichten.</p> |
| 7 | Besoldungsangleichungsverordnung in Neuburg a. Donau. | S. beiliegende Beschlussabschrift. |
| 8 | Freiwerdende Wohnung im Anwesen D 83 1/6. | <p>Von dem Gesuche des Zimmermanns Max Dunz dahier vom 29.2.32 wurde Kenntnis genommen.</p> <p>Der Stadtrat genehmigt einstimmig, dass die Wohnung im Erdgeschoss des Dunzschen Anwesens D 83 1/6 an den Schweizer Staatsangehörigen Arthur H o f e r von St. Gallen vermietet wird.</p> |
| 9 | Die Betriebsführung im Spitalwalde. | <p>Der Stadtrat nimmt in seiner heutigen Sitzung von der Zuschrift des Herrn Oberforstverwalters D i e t z von Bergen vom 27. I. 32 und des Forstamtes Neuburg a. Donau</p> |

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|------------|---|
| | | <p>Abschrift.</p> <p><u>Betreff: Besoldungsangleichungs-Verordnung in Neuburg a. d. Donau.</u></p> <p><u>Stadtratsbeschluss.</u></p> <p>Der Stadtrat beschliesst in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 erschienen waren, mit allen Stimmen, wie folgt:</p> <p>Die Entschliessung der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, Augsburg, vom 5. II. 32 Nr. VII 111 wurde bekanntgegeben.</p> <p>Der Stadtrat beschliesst hiezu in seiner heutigen Sitzung bei 19 stimmberechtigten, ordnungsgemäss geladenen Mitgliedern, von denen 15 erschienen waren, mit allen Stimmen, wie folgt:</p> <p><u>Zu I Ziff. 1:</u> Der Kassenoffiziant Josef S c h w i n n, seit 1. Mai 1912 im Dienste der Stadtgemeinde Neuburg a. d. Donau, wurde mit Stadtratsbeschluss vom 6. 12. 26 vom 1. Dezember 1926 an von Gruppe III nach Gruppe IV der alten Besoldungsordnung mit einem Besoldungsdienstalter vom 1. Mai 1924 befördert. - Mit Stadtratsbeschluss vom 23. IV. 1928 wurde er aus Gruppe IV Stufe 2 der alten Besoldungsordnung in Gruppe 9 Stufe 3 der neuen Besoldungsordnung mit einem Besoldungsdienstalter vom 1. Mai 1922 übergeleitet. - Er bezieht gegenwärtig einen Grundgehalt von jährlich 2 100.- RM und rückt am 1. Mai 1932 in die 6. Stufe der Gruppe 9 mit 2200.- RM Grundgehalt vor.</p> <p>Nach Anordnung der Regierung soll S c h w i n n ab 1. November 1931 in die Besoldungsgruppe A 10 eingereiht werden. Sein Besoldungsdienstalter ist in diesem Falle das gleiche wie bisher, nämlich vom 1. Mai 1922. Er würde also ab 1. November 1931 den Grundgehalt von 1 960.- RM, demnach 140.- RM jährlich weniger als bisher, und ab 1. Mai 1932 den Grundgehalt von 2 050.- RM, statt 2 200.- RM also um 150.- RM jährlich weniger beziehen.</p> <p>Diese Zurücksetzung in seinen Gehaltsbezügen wäre für S c h w i n n eine unbillige Härte. Andererseits würde sie keine fühlbare Entlastung der Stadtkasse bedeuten.</p> <p>Der Stadtrat ist aber der Auffassung, dass die Ueberleitung des S c h w i n n aus der früheren Gruppe IV in die neue Gruppe A 9 ordnungsgemäss, den Bestimmungen der staatlichen Besoldungsordnung entsprechend, erfolgt ist.</p> <p>./.</p> |

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|------------|-----------|
|-----|------------|-----------|

- Der Stadtrat stellt deshalb gemäss § 6 der Besoldungsangleichungs-Verordnung an die Regierung als Aufsichtsbehörde die **B i t t e** es bei der Einreihung des **S c h w i n n** in die Besoldungs-Gruppe A 9 bewenden zu lassen und sie zu genehmigen.
- Zu I Ziff.2: Die Friedensmieten für die Dienstwohnungen des Polizeikommissärs **S t e i d l**, des Obersekretärs **G e r b e r**, des Bauverwalters **G r a f** und des Schulhausverwalters **P a n k r a t z** sind auf Grund eines früheren Stadtratsbeschlusses festgesetzt wie folgt:
- | | |
|----------|----------|
| Steidl | 150.- M. |
| Gerber | 260.- M. |
| Graf | 320.- M. |
| Pankratz | 216.- M. |
- Diese Mietbeträge sind vom 1. November 1931 an an die Stadtkasse einzubezahlen. Dagegen werden die gleichen Beträge, die sie an gesetzlicher Miete zu leisten haben, den Beamten für Sonderleistungen, die mit ihrem Amte nicht in Zusammenhang stehen, als Entschädigung zugestanden und zwar:
- Steidl für Besorgung der Hausmeisterdienste im Rathause,
- Gerber für die Aufsicht über den städt. Holzgarten,
- Graf für die Verwaltung der Materialien im Bauhofe, und
- Pankratz für Mitbesorgung der Hausmeisterdienste in der Landwirtschaftsschule und Landwirtschaftsstelle.
- Zu I Ziff.3: Die Erlassung einer neuen Satzung gemäss Art.86 der GO. hält der Stadtrat nicht für veranlasst, weil für die gesamten Dienstverhältnisse der Gemeindebeamten der Stadt Neuburg die Bestimmungen der Gemeindeordnung sowie die Vorschriften des Staatsbeamtengesetzes und des Beamten-Besoldungsgesetzes massgebend sind.- Für Wahlbeamte gelten die einschlägigen Dienstverträge.
- Die Satzung für die Gemeindebeamten der Stadt Neuburg vom 7.Novbr.1916 nebst Anlagen ist durch die neuen Bestimmungen überholt und wird deshalb aufgehoben.
- Zu IV Abs.I: Bezüglich der Versorgungsansprüche sind die Bestimmungen über die Pensionskürzung der II.Notverordnung vom 30.X.31 entsprechend angewendet worden.

./.

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|------------|-----------|
|-----|------------|-----------|

- 3 -

- Zu IV Abs.II: Von den sozialen Pflichtversicherungsbeiträgen werden von der nächsten Gehaltszahlung ab nur die Arbeitgeberanteile übernommen.
- Abs.III: Bezüglich der Uebernahme der Krankenkassebeiträge der Beamten gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Staatsbeamten, nämlich die Finanzministerial-Entschliessungen vom 13.III. 1926 - St.A.II 66 und vom 7.XI 28 - St.A.II Nr.158.- Die Gemeindebeamten der Stadt Neuburg sind hienach nicht besser gestellt als die Staatsbeamten.
- Abs.IV: Nebenämter und Nebengeschäfte werden von keinem Gemeindebeamten dahier betrieben.
- Abs. V: Wurde Kenntnis genommen.
- Abs.VI: Die Polizeibeamten erhalten neben ihren zuständigen Besoldungen noch Dienstkleidungszuschüsse von jährlich je 100.- RM.
- Nachdienstzulagen, Zehrgelder oder ähnliche Entschädigungen werden nicht gewährt.
- Auf Grund Ermächtigung der Staatsministerien des Innern und der Finanzen vom 15.I.32 Nr.2396 a 4 bleiben die Dienstbezüge der Polizeibeamten von der Kürzung auf Grund der III.Gehaltskürzungsverordnung bis auf weiteres befreit.

Neuburg a.d.Donau, den 29.Februar 1932.

Stadtrat:
gez.Mayer.

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|------------|-----------|
|-----|------------|-----------|

| | | |
|--|--|-----------|
| | | <p>38</p> |
|--|--|-----------|

| Nr. | Gegenstand | Beschluss |
|-----|------------|-----------|
|-----|------------|-----------|

| | | |
|--|--|-----------|
| | | <p>39</p> |
|--|--|-----------|

vom 30.I.32, sowie von der Entgegnung des Herrn Stadtrates H e e s vom 25.II. 1932 Kenntnis und beschliesst die Entgegnung des Herrn Stadtrates H e e s dem Forstamte zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

Stadtrat Neuburg a.d. Donau.



[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am Montag, den 29. Februar 1932.

Gegenwärtig:

I. Vorsitzender:

Stadtrat Mohr:

2. Die bürgerlichen Stadträte:

| | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| Loibl <i>entf. Wipf</i> | Burghart |
| Dr. Gromer | Prändl |
| Bunk <i>entf. Wipf</i> | Schedl |
| Heiß | Hees |
| Wünsch <i>entf. Wipf</i> | Hambel |
| Forster | de Crignis |
| Meyr | Hartmann <i>entf. Wipf</i> |
| Wink | Rathgeber |
| | Nebelmair. |

3. Stadtkämmerer Volz.

